

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628 — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Wolfsbau) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 0,50 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einforderung auf Postkassenkonto Leipzig 56383. Kassierer: L. Geiß Leipzig Zeiger Straße 30, IV. (Wolfsbau) — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 10

Sonnabend, den 7. März 1925

29. Jahrgang

Dem toten Reichspräsidenten.

Als in den Vormittagsstunden des 28. Februar die Kunde vom Tode des erstmaligen Präsidenten der jungen, deutschen Republik durch des Landes Gaue eilte, da hat jeder aufrichtige Republikaner und jeder sonst geradlinig denkende Staatsbürger und -bürgerin wirkliche, echte Trauer empfunden. Das arbeitende Volk ist durch diesen Verlust besonders heimgegriffen, dessen Schwere von einem Teil vielleicht erst im weiteren geschichtlichen Verlauf erfaßt wird. Der Verstorbene war ein Arbeiter und er hat das trotz seiner höchsten Würde in der Republik nie vergessen! Allerdings haben Dummheit und Afterswissen, haben überrevolutionäre und nationalistische Bosheit und Infamie an der Person, ihrem Werdegang, ihrer Betätigung in der Vergangenheit und Gegenwart in unverantwortlicher Weise herumgezerrt, ohne dabei zu bedenken, daß der höchste Repräsentant der Republik Aufgaben zu erfüllen hat, die nicht vom Gesichtswinkel des kleinlichen, persönlichen Tageskampfes aus gesehen werden können. Und wir wollen es aussprechen: Freude, Stolz und Genugtuung haben wir, ebenso wie die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder, immer empfunden, wenn wir sahen, wie tatkraftvoll und korrekt sich der verstorbene Reichspräsident Fritz Ebert in allen Fragen benommen hat. Alle Bosheiten und Unterstellungen prallten an ihm ab und in jeder Situation stand er seinen Mann! Darauf können wir zweifellos stolz sein und sind es auch ohne jede Einschränkung. Und jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau und jeder aufrichtige Republikaner sollte immer rückwärtslos jenen recht schnell und energisch das Lastermaul stopfen, die etwa versuchen, uns das Andenken an den Verstorbenen irgendwie zu schmälern. Daß dieser sein verantwortliches Amt so gewissenhaft und in jeder Beziehung einwandfrei auf dem monarchistischen Kriegstrümmerhaufen versah und in jeder Situation seinen Mann stellte, war gerade der Aerger und die Unsauberkeit bei jenen Leuten, die immer noch der Auffassung sind, daß ein

wertvoller und bedeutender Mensch erst mit dem Doktorgrad oder mit dem Generaltitel anfängt. Das Wirken des Sattlergesellen Fritz Ebert als Reichspräsident könnte sie schon eines besseren belehren. Was nun Fritz Ebert in politischer Hinsicht im Laufe seiner verhältnismäßig kurzen Amtszeit beispielsweise bei den vielen Kabinettskrisen geleistet hat, wissen nur die zu würdigen, die mit ihm dabei in Berührung kamen. Eigenartig ist: sie alle, obgleich zum großen Teil politische Gegner des Präsidenten, waren nachher von Hochachtung erfüllt und sie haben damit auch nicht zurückgehalten. Das erfüllt uns Arbeiter mit Genugtuung!

Ueber den Werdegang des Verstorbenen, Ursache seines plötzlichen Todes, Befetzungsakte, Feierlichkeiten usw. hat die Tagespresse ausreichend Informationen gebracht, wir nehmen deshalb davon an dieser Stelle Abstand. Eins wissen wir aber und wollen dem auch Ausdruck geben, daß unsere Verbandsmitglieder ernste, aufrichtige Trauer empfinden, daß sie den Verlust beklagen und mit Besorgnis über die weitere Staatsentwicklung in die Zukunft schauen. Das Andenken an Fritz Ebert können wir aber am besten und wirksamsten ehren, wenn wir in unseren Organisationsgedanken und -Zielen nicht erlahmen und an den republikanischen Grundpfeilern des deutschen Staatslebens nicht rütteln lassen! Die Steinarbeiter Deutschlands senken ihre Fahne und bei allem Schmerz um den Verlust dieses tüchtigen Mannes beherrscht uns dennoch Stolz und Genugtuung, denn er war einer der Unstigen, den keine Schmachsucht, möge sie kommen woher sie will, in unserem Gedenden je verkleinern wird. In Gedanken weigeln wir auf des toten Reichspräsidenten Stein zwei Zeilen:

„Wahr und prunklos.“

„Wehe der Nachkommenschaft, die dich verkennt!“

Die Notlage des deutschen Industriekapitals.

Die Verzerrung Deutschlands und seiner Wirtschaft als Folge des Weltkrieges ist seit Jahren Gegenstand fortgesetzter Behandlung in der Presse, von Regierungserklärungen, Parlamentsverhandlungen und sonstigen Veranstaltungen und wird es voraussichtlich noch lange bleiben. Eindrücklich, unter Anführung umfangreichen statistischen Materials wurde dem deutschen Volke nachgewiesen, daß es die früher gewohnte Lebensweise nicht aufrechterhalten könne, sich einschränken, zugleich aber die größten Anstrengungen machen müsse, um seine daniederliegende Wirtschaft wieder aufzurichten. Bezeichnenderweise richten sich diese Mahnungen vornehmlich an die arbeitende Bevölkerung, die von der Not des Krieges am schwersten betroffen wurde und unter seinen Nachwirkungen noch leidet. Stehen doch die Preise für den notwendigen Lebensbedarf noch immer weit über dem Friedensstand, die Löhne dagegen relativ erheblich niedriger, was die Rückkehr zur früheren Lebenshaltung oder gar deren Erhöhung ausschließt.

In den Organen des Industrie- und Handelskapitals vernimmt man jedoch nichts von einer Not des Volkes, desto mehr von der Not des Kapitals, dessen Substanz angeblich in erschreckender Weise zusammengeschmolzen ist, deshalb ergänzt werden müsse, wozu die Arbeiter beitragen sollen. Wie man sich diese Mitwirkung denkt, wurde den Arbeitern durch die Forderungen der Unternehmer nach Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Verminderung der sozialen Lasten usw. mit hinreichender Deutlichkeit klargemacht. Seit der Stabilisierung der Währung, die diese Forderungen der Unternehmer in verstärktem Maße aufleben ließ, kämpfen die Gewerkschaften mit allem Nachdruck dagegen an. Wenn es ihnen nicht gelang, die den Arbeitern angebotenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders die Verlängerung der Arbeitszeit, in vollem Umfange abzuwehren, so deshalb, weil sich die Reichsregierung, beeinflusst von dem Notgedränge des Industriekapitals auf dessen Seite stellte, keinen Wünschen weitgehend Rechnung trug. Die Arbeitszeiterweiterung, die Haltung der Schlichtungsausschüsse und Schlichter, die unzulässige Erwerbslosenfürsorge, die Ruhrbesatzung sind nur einige für diese Parteinahme zugunsten des Industriekapitals sprechende Tatsachen.

Wie es im Gegensatz hierzu mit der Notlage des Industriekapitals bestellt ist, zeigen die gegenwärtig täglich veröffentlichten Goldbilanzen der Industrieunternehmen. Das deutsche Volk ist zweifellos ärmer geworden, von einer Verzerrung der deutschen Kapitalistenklasse ist aber in diesen Veröffentlichungen nichts zu bemerken. Der Krieg, nicht minder die Nachkriegszeit und die Inflation hat dem Kapitalismus durch eine raffiniert betriebene Kapitalverdrängungs-, Konzentration- und Kreditpolitik Gelegenheit, sich auf Kosten der breiten Volksschichten in bis dahin uner-

hörtem Maße zu bereichern. Diese Gewinne sind keineswegs, wie man glauben zu machen versucht, wieder in Nichts zerfallen. Entgegen den Klagen des kapitalistischen Unternehmertums ergeben deshalb auch die in der monatlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Bilanzübersichten das überraschende Resultat, daß die Finanzlage der privaten Wirtschaft eine gute ist. Sie es glänzend verstanden, ihre Substanz nicht nur zu retten, sogar zu vermehren. Verlierer waren andre. Auf der einen Seite die Arbeiter, die sich die jämmerlichsten Löhne und den Verlust ihrer Sparsparnisse gefallen lassen mußten, auf der andern Seite der Mittelstand, der um sein Vermögen, die Grundlage seiner Existenz, betrogen wurde.

In besonders günstiger Lage befindet sich die Schwerindustrie. Eine im November vorigen Jahres von der genannten Zeitschrift veröffentlichte Zusammenstellung von 38 Schwerindustriellen Unternehmen läßt feststellen, daß sich ihr Kapital um 28 Prozent, die offenen Reserven um 45 Prozent, bei 62 Verkehrsgesellschaften das Kapital um 16 Prozent, die Reserven um 68 Prozent erhöhten. Nach dem Jahresbericht der zur Otto-Wolff-Gruppe gehörenden Pöhlitz u. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb ist das Aktienkapital von 106 auf 300 Millionen, die Reserve von 14,68 auf 30 Millionen gestiegen. Der Wert der Hüttenwerke erhöht sich von 81,76 auf 118 Millionen, der Wert der Kohlenwerke von 50,42 auf 72 Millionen, während die Beteiligungen von 6,57 auf 152,77 Millionen Goldmark anwachsen. Das Vermögen der Charlothenhütte in Niederhalden steigerte sich 1913 von 10 auf 30 Millionen, das Aktienkapital der Rütgerswerke von 22,5 auf 48 Millionen, der Braunkohlengesellschaft Ilse von 10 auf 59,73 Millionen Goldmark.

Das sind nur einige typische Beispiele von der „schweren Notlage“, in der sich die deutsche Schwerindustrie befindet. Sie ist es aber nicht allein, die darunter zu leiden hat, ihr Schicksal wird von anderen geteilt. Bekannt ist von der Textilindustrie, daß sie trotz der hohen Preise der Textilwaren in lebhaften Klagen über ihre schlechte Lage überfließt, die nur durch eine entsprechende Herabsetzung der Arbeitslöhne gemildert werden konnte. Wie es in Wirklichkeit darum bestellt ist zeigen die Bilanzen von sechs größeren Textilfirmen, die sich im Jahre 1924 um 41,5 Prozent höher stellten als 1913 und eine Steigerung der Börsenkurse um 46,9 Prozent aufwiesen. Noch drastischer ist das Beispiel des Trustkonzerns, der sieben große Unternehmen umschließt. Er brachte es fertig, seine Anlagenwerte von 180,7 auf 317,34 Millionen, seine Vorräte von 102,97 auf 214,68 Millionen, seine Beteiligungen von 33,13 auf 200,95 Millionen, seine Gesamtkassen von 490,51 auf 840,87 Millionen anwachsen zu lassen. Aber auch der Fertigungsindustrie gelang es, in ausgezeichneter Weise über die Inflation und Wirtschaftskrisen hinwegzukommen. Ein Beispiel hierfür bietet die AG, die ein Aktienkapital von 1700 Millionen im Verhältnis von 10 : 1 zu-

sammengelegt und damit für den Unkundigen den Eindruck erweckte, als habe sie neun Zehntel ihrer Substanz verloren. Derartige Bilanzmanöver sind allgemeine Übung. Vergleicht man in diesem Falle das in der Goldbilanz der AG, ausgeführte Aktienkapital nach dem Stande von 1913 mit 155 Millionen im Jahre 1924, so stellt sich auch hier kein Verlust, sondern ein Zuwachs von 17,25 Millionen heraus. Etwas weniger günstig erscheinen die Verhältnisse von 397 Gesellschaften der verarbeitenden Industrie nach den Angaben von „Wirtschaft und Statistik“, deren Eigenkapital durchschnittlich 80 Prozent des Vorkriegsstandes ausweist. Doch sind diese Angaben nur mit einer erheblichen Dosis Mißtrauen aufzunehmen, denn Papier ist gebudig, und Bilanzen sind dazu da, um die Deffektivität über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen.

Die festgestellten Tatsachen beweisen, daß die Klage über den Substanzverlust der Industrie, ihre schwierige Lage, auf nichts anderem als elender Heuchelei beruhen. Es ist nicht wahr, daß die Gewinnquellen des Industriekapitals trodengelagert sind; sie fließen weiter nicht durch gesteigerte Gütererzeugung, sondern durch Produktionseinschränkungen, Lohnrückerei, vermehrte Ausbeutung der Arbeiter, Aufrechterhaltung von Wucherpreisen und Steuerhinterziehung weiß der Kapitalismus nach wie vor auf seine Rechnung zu kommen. Daß als Folge hiervon immer weitere Volksschichten in Verelendung herabsinken müssen, gehört zum Wesen unserer ungleichlichen bürgerlichen Wirtschaftsordnung! Mtt.

Aus dem Verwaltungsbericht der Steinbruchsberufsgenossenschaft des Jahres 1923.

Das Rechnungsjahr 1923 umfaßt gewiß eine der erbärmlichsten Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit, das weiß jeder Steinarbeiter aus eigener Erfahrung. Die Inflation hat nicht nur den Rentenempfängern aus der Unfallversicherung böse mitgespielt, sondern auch der Berufsgenossenschaft selbst in ihrer finanziellen Grundlage. Die geschäftlichen Zahlenangaben in dem vorliegenden, überaus kritisch genannten Bericht bringen das auch klar zum Ausdruck. Aus diesen anormalen Zeiten lassen sich deshalb auch nicht gut bei Vergleichen mit früheren Jahren Schlussfolgerungen ziehen. Um das Weiterwirken der Berufsgenossenschaften überhaupt zu ermöglichen, mußte die Gesetzgebung im Reich mehrfach eingreifen und unter anderem ihnen Kredite zur Befriedigung der Rentenempfänger zur Verfügung stellen. Wie mangelhaft die Betreuung der rentenbeziehenden Unfallverletzten daraus war und zum Teil heute noch ist, wissen vor allen Dingen die Rentenempfänger zur Genüge selbst. Die Milliarden Papiermark, die

Im letzten Jahresviertel 1923 auf die Rentenempfänger niederfielen, hatten trotz der hohen Zahlen sehr geringen, ja bei der Ausbändigung oft überhaupt keinen Kaufwert mehr. Um letzteren aufrechtzuerhalten, erfolgte am September 1923 die Rentenauszahlung sogar halbmonatlich statt monatlich, doch der Kaufkraftwert der Miltärrenten konnte damit nicht aufgehoben werden. Wir unterlassen es deshalb auch, auf die Zahlenpielei, denn im Grunde war es nichts anderes, noch besonders einzugehen.

Der Bericht enthält außerdem Angaben, die für jeden Steinarbeiter immerhin von Belang sind, denn sie zeigen auf ihre Art die Gefahrenseite in der beruflichen Tätigkeit. Die Angaben verketzen nicht an Wert, weil sie aus einer Zeit datieren, die über ein Jahr zurückliegt; denn die Unfallgefahren mit allem Drum und Dran bleiben dieselben. Nach wie vor besteht unterseits das Verlangen, daß alle Verbandsmitglieder sich viel mehr um die Unfallverhütungsvorschriften und was damit zusammenhängt, kümmern möchten und daß sie sich unablässig bemühen, die Gleichgültigkeit gegen die Vorschriften gänzlich zu beseitigen.

Die Zahl der versicherten Betriebe war 1923 gegenüber 1922 um 211 zurückgegangen und betrug 8826; von diesen ruhten jedoch vollständig 1683. Auch die Zahl der Effektiv- und Vollarbeiter ging im ähnlichen Verhältnis zurück. Sie betrug 1922 295 113 bzw. 141 263, 1923 dagegen 266 415 bzw. 134 138. In diesen Zahlen sind bekanntlich nicht nur Steinarbeiter enthalten, sondern inbegriffen sind die Arbeiter in Zementfabriken und anderen Betrieben, die mit dem gewerkschaftlichen Organisationsbereich der Steinarbeiter nichts zu tun haben. Die angegebenen Zahlen dürften knapp zur Hälfte auf die Steinindustrie entfallen und doch drücken die Anfälle aus der reinen Steinindustrie dem geschäftlichen und technischen Verfahren der Berufsgenossenschaft den Stempel auf.

Die angemeldeten Unfälle beliefen sich im Berichtsjahr auf 6890, davon wurden 1061 erstmalig entschädigt. Auf 1000 versicherte Personen kamen 4,06 Unfälle. Von letzteren führten 175 den Tod herbei = 1,90 Prozent, völlige Erwerbsunfähigkeit 16 = 0,12 Prozent, teilweise Erwerbsunfähigkeit 360 = 2,08 Prozent und vorübergehende 590 = 3,95 Prozent. Die Getöteten hinterließen 318 unterstützungsberechtigte Angehörige.

Von den einzelnen Vorgängen, die die Unfälle hervorriefen, sind besonders zu nennen: Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen oder Umfallen von Gegenständen (247 Unfälle) — Eisenbahnbetrieb, Ueberfahren usw. (170 Unfälle) — Handwerkszeug und einfache Geräte (135 Unfälle) — Auf- und Abladen von Hand, Heben, Tragen usw. (128 Unfälle) — Fall von Leitern, Treppen usw. (98 Unfälle) — Sprengstoffe, Explosionen (63 Unfälle). Die Zahl der Unfälle bei der Schichtarbeit hat sich erfreulicherweise nur um einen Fall gegenüber 1922 erhöht, während bei anderen Ursachen mit Ausnahme des betrieblichen Eisenbahnbetriebes die Zahl der Unfälle wesentlich zugenommen hat. Dann sind im Bericht wie sonst auch die Fälle rubriziert nach der Schuldfrage: „Schuld des Arbeiters“ (413 Unfälle) — „Fehlen von Schutzrichtungen und Unachtsamkeit der Arbeiter zugleich“ (7 Unfälle) — „Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen“ (34 Unfälle) — „Sonstige angegebene, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen“ (541 Unfälle = 50 Prozent) — „Schuld des Arbeitgebers“ (82 Unfälle). — Was unter „Schuld des Arbeiters“ angelehnt wird, sagt folgendes: Nichtbeachtung oder Beseitigung vorhandener Schutzrichtungen; Handeln wider bestehende Vorschriften oder erhaltene Anweisungen; Leichtsinn (Salerei, Reckerei, Trunkenheit); Unachtsamkeit oder Unachtsamkeit usw.; Ungeeignete Kleidung (flatternde Halstücher, Schürzen

usw.). Als „Schuld des Arbeitgebers“ gilt folgendes: Mangelhafte Betriebsrichtungen; Keine oder ungenügende Anweisung; Fehlen von Schutzrichtungen. — Mancher Kollege, insbesondere soweit er als Unfallrentenempfänger in Betracht kommt, wird die vorstehende Rubrizierung für die „Schuld des Arbeitgebers“ noch ergänzen können durch: „Antreiberei, Akkordarbeit, ungenügender Lohn.“ Denn nach den Erfahrungen der Steinarbeiter steht zweifellos fest, daß auf Konto des Vorstehenden eine erhebliche Zahl der täglichen Unfälle zu buchen ist. So sind beispielsweise im Demtzer Steinbruchbezirk (Sächsische Lausitz) im Jahre 1924 allein 26 Unfälle zu verzeichnen gewesen, die in der Mehrzahl auf die fehlende Rubrik entfallen, und so wie dort wird es in den anderen Bezirken ebenfalls sein.

Laufende Rentenverpflichtungen hatte die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft Ende 1923: Verlegtenrenten 7652, Witwenrenten 2619, Kinderrenten 1454, an Verwandte aufsteigender Linie 115.

In 5 Fällen wurde im Berichtsjahr gegen Betriebsunternehmer und Betriebsangehörige, die in fahrlässiger Weise Unfälle verursacht hatten, das Negativverfahren (Erlaßanspruch) eingeleitet. Dieses Verfahren ist nicht zu verwechseln mit direkten Geldstrafen, die auch im Berichtsjahr gegen Unternehmer und Betriebsleiter sowie gegen Arbeiter wegen Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften verhängt wurden. In 23 Fällen gegen Arbeiter, in 238 Fällen gegen Unternehmer und Betriebsleiter. Der § 861 der RVO. gibt dafür die rechtliche Grundlage.

Die Vermögensübersicht am Schlusse des Berichts bestätigt, was wir eingangs dieses Artikels ausgeführt haben. Alle Goldmark-Millionenwerte in Wertpapieren sind durch die Inflation zusammengehauen auf einige tausend Mark neue Goldmark. Dagegen ist an Grundbesitz noch eine nennenswerte sichere Deckung für den Reservefonds vorhanden. Dieser geschäftliche Stand interessiert die Steinarbeiter allerdings weniger, weil sie in der geschäftlichen und technischen Handhabung der Berufsgenossenschaft nur Objekt sind. Es könnte auf diesem für die Steinarbeiter so überaus lebenswichtigen Gebiet schon etwas anders sein, wenn dafür nur größeres Interesse vorhanden wäre. An Hand des Berichts der technischen Aufsichtsbeamten werden wir in einem späteren Artikel versuchen den Kollegen klarzumachen, daß sie sich durchaus nicht mit der objektiven Rolle abzufinden brauchen, sondern daß es auf ihre Betätigung als Subjekt wohl ankommt, um die Gefahren für das Objekt abzuwehren und zu schwächen.

Im allerdings loseren Zusammenhang mit vorstehenden Ausführungen wird das folgende, der Redaktion von bester und gutinformierter Seite zur Verfügung gestellte an Bedeutung gewinnen. Denn es soll eine Entlastung der Wirtschaft (lies Unfall-Berufsgenossenschaften) bringen, auf Kosten der Unfallverletzten:

Das Reichsarbeitsministerium hat einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Unfallversicherung fertiggestellt, der in unerhörter Weise die Unfallrentenempfänger zu schädigen beabsichtigt. Die Renten unter 20 Prozent sollen ohne weiteres, d. h. ohne Abfindung fortfallen. Renten bis 50 Prozent sollen in Zukunft nur nach einem halben Jahresarbeitsverdienst berechnet werden. Wird der Entwurf Gesetz, so ist damit jedem Rechtsempfindenden Hohn gesprochen. Das Reichsarbeitsministerium scheint sich betreffen zu können, nur noch im Interesse der Arbeitgeber zu arbeiten; bekanntlich hat man es auch schon vielfach als Arbeitgeberministerium bezeichnet. Das Reichsarbeitsministerium, oder, besser gesagt,

der Leiter der sozialpolitischen Abteilung, Ministerialdirektor Grieser, hat in der Begründung zu dem Gesetzentwurf die kleinen Renten im Betrage von 5—10 M. monatlich als unwesentlich bezeichnet, während sein Kollege, Ministerialrat Seel, in Nr. 16 des Reichsarbeitsblattes gerade das Gegenteil zu beweisen versucht. Seel behandelt das Schicksal der Militärwitwen- und Waisenlassen. Er tritt hier unbedingt für die Weiterzahlung von Renten im Monatsbetrage von 2 M. ein mit der Begründung, daß eine solche Rente viel wertvoller ist als eine Abfindungssumme von 1000 M. Für Herrn Grieser sind 5—10 M. nichts, während Herr Seel 2 M. noch als eine wesentliche Hilfe betrachtet. Als normal denkender Mensch kann man einen derartigen Widerspruch nicht begreifen, um so weniger, wenn man berücksichtigt, daß zwei Vertreter des Reichsarbeitsministeriums zu solchen sich widersprechenden Schüssen kommen können.

Abgesehen aber hiervon muß man sich fragen, wie kommt Herr Grieser nun zu dem kühnen Entschluß, für die Renten bis 50 Prozent nur noch den halben Jahresarbeitsverdienst festzusetzen? Wenn ein Arbeiter früher, d. h. vor Schaffung der Reichsunfallversicherung, verunglückte, so hatte er auf Grund des Haftpflichtgesetzes das Recht, seinen Arbeitgeber wegen des vollen Schadens verantwortlich zu machen. Durch die reichsgesetzliche Unfallversicherung wurde der Unfallschaden dem Versicherten ohne weiteres nur noch mit $\frac{1}{2}$ erstattet. Jetzt soll der Versicherte, wenn er eine Rente bis zu 50 Prozent erhält, aber nur noch die Hälfte des Schadens erlebt bekommen, während er bei einem Schadensfall unter 20 Prozent überhaupt nichts mehr erhält. Das Unbegreifliche an der beabsichtigten Gesetzesänderung ist die Tatsache, daß die bisherigen Renten unter 20 Prozent = 5—10 M. monatlich fortzufallen sollen, weil sie wirtschaftlich gar keine Bedeutung mehr haben; aber durch die Anrechnung nur des halben Jahresarbeitsverdienstes bei Renten bis zu 50 Prozent werden wieder solche „kleinen“ Renten geschaffen. Wenn z. B. ein Arbeiter einen Jahresarbeitsverdienst von 1200 M. erzielt, erhält er nach der bisherigen Berechnung bei einer Erwerbsbeschränkung von 15 Prozent eine monatliche Rente von 10 M.; ein Arbeiter mit demselben Verdienst würde nach der vorgeschlagenen Berechnungsweise aber bei einer 20prozentigen Erwerbsbeschränkung ebenfalls nur 10 M. monatlich erhalten.

Aus diesem Beispiel ergibt sich unumwiderlegt, daß die beabsichtigte Gesetzesänderung nur darauf hinzielt, die Unfallverletzten, die infolge ihrer Verletzung heute kaum noch Arbeit finden, im Interesse der Arbeitgeber um ihre Entschädigung für ihre verlorene Arbeitskraft zu bringen.

Wenn man jetzt die Beseitigung von Zwergrenten für erforderlich hält, zu gleicher Zeit aber wieder neue Zwergrenten schafft, so werden auch wohl bald diese wieder beseitigt werden, weil sie wirtschaftlich wertlos sind. Damit begibt man sich auf den Weg, die Unfallrenten wenn möglich soweit abzubauen, daß schließlich nur noch Renten an diejenigen gezahlt werden, die völlig erwerbsunfähig sind. Hiergegen müssen sich die Versicherten mit allen Mitteln wenden. Der Wiederaufbau der Wirtschaft darf keinen Abbruch der Sozialversicherung bringen, denn diejenigen, die an dem Wiederaufbau der Wirtschaft mitarbeiten, haben Anspruch darauf, daß ihnen die Werte, die sie in der Wirtschaft verloren haben, genau so ersetzt werden, wie die Ruhr-Industriellen ihre angeleglichen Verluste im Ruhrkampf mit 700 Mill. GM. ersetzt bekommen haben.

Aus den Jugendtagen der Steinsegerbewegung.

Der dreizehmonatige Streit der Stettiner Steinseger.
Von Alexander Knoll.

Als der Streit war beschlossen. Es wurde schon gesagt, daß die Verbandskasse über keine Mittel verfügte, aus dieser also der Streit nicht unterstützt werden konnte. Das war nun freilich nicht nur bei den Steinsegern so, sondern so ziemlich bei allen Verbänden, mit einigen ganz vereinzelten Ausnahmen. Die Mittel zur Unterstützung größerer Arbeitskämpfe mußten nahezu ausschließlich durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden; in erster Linie selbstverständlich von den Mitgliedern der eigenen Organisation, im weiteren aber auch durch allgemeine Sammlungen. Die Solidarität in den Reihen der jungen Steinsegerbewegung bewährte sich in diesem ersten Kampfe glänzend. Schon am 15. April bewilligte der „Lokalverband“ Hamburg 1000 Mark „als erste Rate!“ — Das war eine für die damaligen Verhältnisse große Summe, selbst wenn man in Betracht zieht, daß zu dieser Zeit die Hamburger Mitgliedschaft die stärkste war. Aber auch der Appell an die übrige Arbeiterschaft blieb nicht ungehört.

Wie bei fast allen Steinsegerkämpfen der Vorkriegszeit, hatten sich auch in diesem Falle die städtischen Behörden rüchhaltlos auf die Seite der Unternehmer.

Dagegen muß rühmlich hervorgehoben werden, daß sich auswärtige Arbeitskräfte trotz fortgesetzter Anwerbung in den Zeitungen und auch durch einige besonders eifrige Innungsverbandsgrößen nur ganz vereinzelt in Stettin einmündeten und ohne Ausnahme ohne allzu große Schwierigkeiten wieder abgeschoben werden konnten. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie wenig ausgedehnt die Organisation in Deutschland noch war (ungefähr 30 Mitgliedschaften), so zeugt auch das von einem höchstwertvollen Solidaritätsgefühl in den Reihen der gesamten Arbeiterschaft des Berufes auch schon in dieser Zeit. Die Stettiner Meister hatten sich schlecht und recht mit ihren Arbeitsführern und Lehrlingen außerdem suchte man die Streikenden dadurch mürbe zu machen, daß man auf die Entlassung derjenigen von ihnen hin wirkte, die außerhalb Stettins in ihrem Berufe Arbeit gefunden hatten.

Ein außerordentliches Ereignis war es, als dann am 20. Juli alle 16 Lehrlinge, die an diesem Tage ausgereizt hatten, sich sofort einmütig dem Streit angeschlossen. Sie hatten schon in den letzten Monaten ihrer Lehrzeit in mehreren Versammlungen der Streikenden teilgenommen. Auch das war unter den damaligen Verhältnissen ein Wagnis. Man kann sich vorstellen, welchen Jubel das in den Reihen der Streikenden auslöste; glaubten sie sich doch nunmehr am ersehnten Ziele — am Erfolg. So schnell sollte es aber noch nicht gehen. Der Magistrat begünstigte die Unternehmer nun womöglich noch in verstärktem Maße, so daß diese den Widerstand fortsetzen konnten. Die Streikenden ließen sich auch dadurch nicht entmutigen. Die jungen Ausgereizten suchten sich gleich ihrer Älteren verheirateten Kollegen Arbeit in der Fremde. Sie erkannten nunmehr auch schon, daß der Streik im Jahre 1894 überhaupt nicht mehr würde mit Erfolg geführt werden können. Die finanzielle Lage des Streiks war jedoch Ende Juli so günstig — dank der Tatsache, daß die meisten der Streikenden sich fortgesetzt um auswärtige Arbeit bemühten — daß die Unterstützungen für die Mitglieder des Streikkomitees, das natürlich immer am Ort bleiben mußte, erhöht werden konnten. Freilich war die laufende Unterstützung nicht allzuhoch, wenn ich nicht irre, allgemein 12 Mark die Woche für die Verheirateten.

Wie sehr sich die Unternehmer ihrerseits schon als Sieger fühlten, ergibt sich daraus, daß sie verschiedene Einigungsversuche, die von privater Seite jetzt einlehten, ablehnten. Ebenso erging es einem solchen Versuch des Gewerbegerichts. Ein Sak aus ihrem Antwortschreiben an das Gewerbegericht verdient festgehalten zu werden, da aus ihm ein geradezu hauchbüchener Hochmut atmete; er lautete:

„Doch hat die Innung beschlossen, daß jeder Geselle zuerst seinem früheren Meister zugewiesen werden soll, und erst wenn dieser Verzicht geleistet hat, von einem anderen Meister angenommen werden kann.“

Die Herren Meister rechneten also schon bestimmt mit der bedingungslosen Kapitulation der Gesellen. Wenn sie jedoch ge-

glaubt hatten, damit die Gesellen einzuschüchtern, so erreichten sie nur das Gegenteil, sowohl innerhalb wie außerhalb Stettins. In letzterer Hinsicht war die Folge, daß noch im Oktober alle Mitgliedschaften des Verbandes einstimmig beschlossen, die für das Jahr 1894 noch notwendigen Unterstüzungsgelder unbedingt sicherzustellen.

Endlich im Februar 1895 begann der Widerstand der Unternehmer zu wanken. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß jetzt von Seiten der städtischen Behörden ein leiser Druck auf sie einzuleiten anfang. Zum Teil war das wohl eine Folge der Ablehnung aller Einigungsversuche seitens der Innung, zum andern aber geriet der Magistrat infolge seiner Rücksichtnahme auf die Interessen der Unternehmer jetzt selber ins Gedränge. Eine Anzahl wichtiger Verkehrsstraßen war durch den fortgesetzten Ausschub der notwendigen Ausbesserungsarbeiten in den denkbar schlechtesten Zustand geraten und konnten nur noch unter Aufwand erheblicher Mittel in leidlichen Zustand gesetzt werden. Ein weiterer Ausschub hätte dazu geführt, daß sie gänzlich hätten ungepflastert werden müßten. Aber noch hofften die Innungsmeister auf einen mächtigen Bundesgenossen: den Hunger. Der ja besonders nach langen Wintern bei den Steinsegern ein leider nur zu gut bekannter Gast ist. Außerdem konnten sie sich auch nicht denken, daß die Steinseger tatsächlich im Frühjahr noch einmal den Kampf aufnehmen würden; denn in der ganzen neuzeitlichen Arbeiterbewegung war ein Kampf von solcher Dauer wohl kaum dagewesen. Auch diese Rechnung trotz der Unternehmer — das schier Unglaubliche und Unmögliche geschah: als im Frühjahr 1895 die Arbeitsperiode wieder einsetzte, da standen auch die Stettiner Steinseger wieder so geschlossen im Streit, wie sie ihn im Spätherbst des Vorjahres abgeschlossen hatten. Wenn man bedenkt daß in den Wintermonaten die Unterstützung auf ein ganz geringes Maß, das man kaum noch als Unterstützung bezeichnen kann, eingeschränkt wurde, kann man einen solchen Opfermut und einer solchen Treue zur Sache seine Hochachtung nicht verlagen. Und wenn auch die meisten der Streikenden immer wieder auswärtige Berufsarbeit fanden, so war das doch für jeden einzelnen derselben mit Widerwärtigkeiten der unangenehmsten Art verbunden. Selbstverständlich wählte zum Beispiel jeder Unternehmer, bei dem einer der Stettiner um Arbeit sprach, daß er es mit einem „Streikbruder“ zu tun hatte und ließ ihn das recht deutlich fühlen — wenn er nicht gerade eine Arbeitskraft notwendig gebrauchte! Aber die wahren Stettiner nahmen das alles noch einmal auf sich, und all das andere, was damit an Unannehmlichkeiten verbunden war. Im März nahm der Kampf von neuem seinen Anfang. Schon im Februar hatte die Innung sich bereit erklärt, über einen neuen Lohnsatz zu verhandeln — und zwar unter Hinzuziehung einer Vertretung der Lohnkommission des Verbandes, während man früher nur allein mit dem Gesellenauschub (der aus Streikbrechern bestand) verhandeln wollte. Die Innung zog jedoch diese Verhandlungen in die Länge; wahrscheinlich wollte sie sich nur von dem Vorwurf reinigen, fernerhin jede Einigungsmöglichkeit labortiert zu haben. Außerdem mag sie sich auch immer noch in der stillen Hoffnung gewiegt haben, daß der Streik bis zum Beginn der Hauptarbeitsperiode doch noch zusammenbrechen würde. Am 16. März 1895 wurde der Streik offiziell von neuem erklärt.

Am 3. April kam es endlich zu Verhandlungen. Jetzt boten die Innungsmeister einen Stundenlohn von 45 bis 50 Pfennig für Junggesellen 40 Pfennig. Ein Jahr früher hatten sie bekanntlich ein ähnliches, zum Teil sogar für sie günstigeres Angebot der Gesellen abgelehnt. Man konnte es den letzteren daher wirklich nicht verdenken, wenn sie jetzt, nachdem es offenbar war, daß die Unternehmer in der Klemme saßen und nach all den Opfern, die sie, die Steinseger, in dem ganzen Jahre gebracht hatten — wenn sie jetzt dieses Angebot ablehnten.

Nun veruchten die Innungsmeister die Gesellen dadurch öffentlich ins Unrecht zu setzen, daß sie in Stettiner Blättern öffentlich 50 Pfennig Stundenlohn anboten, ohne sich aber vertraglich darauf festzusetzen. Aber auch dieses letzte Mittel versagte.

Endlich eruchten dann die Unternehmer ihrerseits um Verhandlungen, und zwar wenn ich nicht sehr irre ich habe die Dokumente im Augenblick nicht zur Hand) ausgerechnet zum 1. Mai. Angesichts der Maitage wurde vom Streikkomitee der 2. Mai bestimmt. Hier nun kredete die Innung die Waffen vollständig. Jetzt erklärten sich die Meister bereit die Lohnherabsetzung vollständig zurückzugeben, es also bei dem Mindeststundenlohn von 50 Pfennig

zu belassen. Ferner bewilligte sie einen erhöhten Ueberstundenzuschlag und eine Vermehrung der sogenannten Fünfschneppausen. Des weiteren willigte sie in die von den Streikenden geforderte Regelung des Verbringens. Eine weitere Einbuße erlitten die Unternehmer dadurch, daß der Magistrat, gewichtig durch die Erfahrungen des Streiks, einen Teil der städtischen Arbeiten in eigene Regie übernahm, wobei er zugleich die Lohnsätze des Steinsegetarifs zugestand.

So schloß dieser unter den denkbar ungünstigsten Umständen begonnene Kampf mit einem glänzenden Siege der Arbeiterschaft. Denn mehr als sie ursprünglich gefordert hatten, mußte ihnen zugestanden werden. Sie erzielten nicht nur eine gänzliche Abweisung der ihnen zugemuteten Lohnherabsetzung, sondern darüber hinaus noch wertvolle Zugeständnisse.

Der Ausgang dieses Kampfes ist aber überaus lehrreich für unsere heutigen Verhältnisse. Zwei Dinge waren es, die diesen großen und achtbaren Erfolg überhaupt ermöglicht haben: Erstens die geradezu musterhafte Disziplin aller beteiligten Arbeiter, und zweitens das unbedingte Vertrauen zur Streik- und Organisationsleitung. Es wäre ganz ausgeschlossen gewesen, diesen Kampf so lange, so reibungslos und mit solchem Erfolge zu führen, wenn es damals in den Reihen der Gewerkschaften schon allerhand Generalsstreikstrategen oder Leute gegeben hätte, die bei jeder Maßnahme der Organisationsleitung, die sie nicht verstehen können oder wollen, von „Verrat“ und ähnlichen schönen Dingen geredet oder die leitenden Personen als „Gelbe“, „Lafaien der Bourgeoisie“ oder „Unternehmerneid“ hingestellt hätten. . . Dazu waren die Steinseger damals nicht „revolutionär“ genug, obwohl, das kann auch ausgesprochen werden, gerade dieser Kampf auf die gesamte damalige Steinsegerbewegung geistig von geradezu revolutionärer Bedeutung gewesen ist.

Aber auch sonst kann dieser Kampf getrost unter die Großtaten der neuzeitlichen Gewerkschaftsbewegung gezählt werden, wenn man alles berücksichtigt, was dabei in Frage kam: eine junge und zahlenmäßig noch schwache Bewegung, mit Argusaugen von Polizei und Staatsanwälden überwacht, eine Rechtspfehlung, die sich noch immer im Geiste des Sozialistengesetzes befand, die nach dem berühmten Ausspruch des berühmten Puttkamer, hinter jedem Streik die Hydra der Revolution witterte, in jedem Streikenden ohne weiteres einen Verbrecher sahen. Dazu noch in diesem besonderen Falle die geistigen Hemmungen aus der Jungferperiode. Wie hervorragend die Disziplin der Streikenden gewesen ist, ergibt sich auch wohl daraus, daß nur ein einziger von ihnen in den ganzen dreizehn Monaten in den zahlreichen Schlingen hängen geblieben ist, mit denen eine argwöhnische Polizei und einseitige Gesehshandhabung damals die Ausübung des Koalitionsrechtes oder was dafür galt, umgeben hatten.

Zum Schlusse sei auch noch derer gedacht, die an Ort und Stelle diesen schweren Kampf verantwortlich geleitet und schließlich zum guten Ende geführt haben. Einen der Treuesten, Karl Ortmann, den ich schon lange der kühle Raken. Ich sehe ihn noch tamer vor mir, diesen bescheidenen lieben Menschen und guten Kameraden, wie ihm, der sonst wohl kaum hätte fünf Minuten im Zusammenhang haben können, die Erregung über die Zumutungen der Unternehmer Morie flammender Empörung verlieh. Er hat später noch einmal seine Existenz bedenkenlos aufs Spiel gesetzt, als die Solidarität es erforderte. Unter den beiden anderen Mitgliedern des Streikkomitees befand sich ein naher Verwandter eines Innungsvorstandesmitgliedes; er ist infolge seines Verhaltens in schwere Konflikte mit seiner Familie verwickelt worden. Er sowohl als auch sein anderer Kollege sind später Innungsmeister geworden. Da ich nicht weiß, ob es ihnen angenehm ist, wenn ich ihre Namen in diesem Zusammenhang nenne, so will ich es unterlassen. Damals haben auch sie treu und brav ihre Schuldigkeit getan und sich um die Förderung der Arbeiterschaft ein wahrhaftes Verdienst erworben. Auch wenn sie heute in anderen Verhältnissen leben so haben sie doch keine Ursache, sich ihrer damaligen Haltung zu schämen, denn sie haben, wie alle ihre ehemaligen Kampfgenossen, für eine gute und große Sache gekämpft. Es war, nehmt alles nur in allem, ein Kampf von bahnbrechender Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung den damals in seinen Jugendtagen der Steinsegerverband geführt hat. Ein Kampf, der auch heute noch und gerade heute als ein Muster von Geschlossenheit, hinabender Treue und gegenseitigem Vertrauen aller Beteiligten ins Gedächtnis gerufen zu werden verdient.

Der Bau einer Versuchsstraße bei Braunschweig

wird in allernächster Zeit in Angriff genommen. Der Bau wird am 19. Februar entzogen wird darüber folgende Information:

Zum erstenmal wird in Deutschland nach dem Vorbild des Auslandes eine Versuchsstraße gebaut, welche aus verschiedenen Befestigungsarten bestehend, dazu dienen soll, unmittelbare Vergleiche zwischen den Straßenbauarten und -konstruktionen unter den gleichen Belastungsverhältnissen zu ermöglichen. Die umfangreichen Versuche in Amerika, dem eigentlichen Lande des Automobilstraßenbaues, sind in der letzten Zeit durch Veröffentlichungen in allen Fachzeitschriften der Allgemeinheit bekanntgeworden. Auch in Frankreich hat man im vergangenen Jahre eine Versuchsstraße gebaut, die sich allerdings nur auf die Untersuchung verschiedener Bauweisen der Betonstraße beschränkt. Es ist nicht möglich, die Ergebnisse der ausländischen Versuche einfach auf unsere Verhältnisse anzuwenden, weil unsre Bedürfnisse, unsre Mittel und auch unsre Kraftwagen andre sind.

Die Versuchsstraße wird in der Nähe von Braunschweig gebaut. Das Gelände, das Bocksbartsfeld zwischen der Celler Bahn und der Straße Braunschweig-Biertröbe, ist von der Braunschweigischen Landesregierung zur Verfügung gestellt worden. Die Finanzierung der Bauarbeiten und Versuche haben der Deutsche Straßenbau-Verband, das Reichsverkehrsministerium und die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau übernommen. Mit der Oberleitung ist Oberbaurat Nagel von der Baudirektion Braunschweig betraut worden. Dem Ausschuss gehören ferner die Herren Reg.-Rat Suddorf (Reichsverkehrsministerium), Präsident der Landesverkehrsdirektion Brandenburg, Dr.-Ing. Wienede (Deutscher Straßenbau-Verband), Prof. Dr.-Ing. Neumann (Technische Hochschule Braunschweig) und Prof. Dr.-Ing. Beder (Lehrn. Hochschule Charlottenburg), der die praktischen Versuche mit verschiedenen Wagentypen und Bereifungen in Fortsetzung seiner theoretischen Untersuchungen am Institut für Kraftfahrwesen in Charlottenburg vornehmen wird, an.

Die Versuchsstraße wird als Rundbahn mit einem Durchmesser von 360 Meter und ei. r Länge von 1080 Meter angelegt. Sie erhält 11 Meter nutzbare Breite, die in einzelnen Bahnen von 2,50 bis 3 Meter Breite unterteilt wird, von denen je eine mit einer Wagenart befahren wird. Das Längsgefälle der Straße wird nicht überall gleich, aber niemals stärker als 1:50 sein. Das Quergefälle richtet sich nach der Befestigungsart. Die Einfassung wird beiderseits aus Randsteinen DIN 482 und 0,35 Meter Höhe, deren Oberkante mit der Fahrbahn bündig liegt, gebildet. Als Material sollen hierfür Belpfer Sandsteine, bei nicht ausreichender Belieferung Betonsteine, Verwendung finden. Der Unterbau wird für die ganze Straße gleichmäßig sein, und aus einer Packlage von 0,18 Meter Stärke aus Belpfer Sandstein bestehen. Um das Einbrüchen der Packlage in den losen Sand beim Abwalzen zu verhindern, wird auf dem Planum des Erdbauers vor dem Aufbringen der Packlage eine dünne Schicht Kohlen Schlacke oder Stielgrus eingebracht.

Zur Ausführung gelangen 6 Deckkonstruktionen mit einer durchschnittlichen Länge von je 180 Meter, und zwar:

- Chaussierung aus Hartkottler in bisher üblicher Ausführung,
- desgleichen mit Bitumüberzug,
- Innenentierung mit Hart- und Weichkottler,
- Asphaltkottler mit Hart- und Weichkottler,
- Beton,
- Kleinpflaster.

Es ist vorgezogen, die Ausführungen unter c) bis f) vielleicht weiter zu unterteilen. Welche Ausführungsarten im einzelnen gewählt werden sollen, wird nach Einholung von Gutachten bei der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau entschieden. Die Chaussierungsfreden erhalten über der Packlage einen 0,12 Meter starken Oberbau, der in zwei Schichten eingewalzt werden soll.

Die Inanspruchnahme der Straße erfolgt durch schwere Lastwagen, deren Gewicht an die Grenze des durch die Kraftverkehrsordnung zugelassenen Gewichtes geht. Die Geschwindigkeiten und Bereifungsarten werden durch Prof. Dr.-Ing. Beder angegeben. Dadurch, daß man auch vergleichende Versuche mit Reifenluftreifen, Rifenreifen und Vollgummireifen anstellt, ist es möglich, gleichzeitig die Grenzen der Anwendbarkeit der verschiedenen Bereifungen festzulegen. Versuche mit Personenkraftwagen sind zunächst nicht vorgesehen.

Die Arbeitsausschüsse der Studiengesellschaft für Steinpflaster, Asphalt-, Teer- und Betonstraßen sind damit beschäftigt, Gutachten auszuwerten und werden geeignete Vorschläge binnen kurzer Zeit machen. Der Bau der Straße wird voraussichtlich Anfang März begonnen werden; er soll am 1. Juni beendet sein.

Die skandalöse Steuerreform.

Von Mercurius.

Herr Dr. Luther, der frühere Reichsfinanzminister und Chef der jetzigen Reichsregierung, hat oftmals versichert, daß die kommende Steuerreform in erster Linie der Milderung der Wirtschaftskrise dienen müßte. Alle Welt hatte deshalb von der Reformarbeit der Regierung vor allem eine Ermäßigung der Lohnabzugs- und der Umsatzsteuer erwartet. Die gegenwärtige Krise in Deutschland ist eben eine ausgesprochene Absakrise. Die breiten Schichten der Bevölkerung können nicht kaufen, weil die Preise zu hoch und die Löhne zu gering sind. Aus diesem Zusammenhang entwickeln sich eben Krisenursachen, die nur durch eine systematische Kräftigung der Kaufkraft zu überwinden sind. Das bedeutet mit anderen Worten: Die Preise müssen gedrückt und die Löhne gesteigert werden.

Man hätte dieses Ziel zum Teil erreichen können, wenn man die Lohnabzugssteuer und die Umsatzsteuer ermäßigen würde. Die Lohnabzugssteuer vermindert die Kaufkraft der Bevölkerung bedeutend, und die Umsatzsteuer ist ein wesentlicher Verteuerungsfaktor. Eine Ermäßigung war aber an und für sich geboten, da die Steueransätze der Regierung beständig, daß gerade diese beiden Steuern erheblich überhöht sind und ohne Zweifel zu hoch sind.

Die Rechtsregierung hat diese Einsicht nicht gehabt: In dem Steuerreformentwurf heißt es, daß eine Ermäßigung nicht in Frage kommen kann. Die Regierung handelt damit nicht nur gegen Arbeiter, Beamte, Angestellte usw. in höchstem Maße ungerecht, sie tobt auch, indem sie die alte, unerträglich harte Steuerüberspannung bestehen läßt, gegen die Gesundheit der Wirtschaft. Hat sich die Regierung so wenig um die Hemmungen in unserer Wirtschaft bekümmert, daß sie nicht weiß: ohne eine steuerliche Entlastung der Produktion und der Massen ist eine Belebung unmöglich? Weiß sie nicht, daß unsere gegenwärtige Konjunkturbedrohung nichts anderes als eine durch Staats- und Auslandskredit künstlich gemachte Scheinkonjunktur ist, die zu einer Krisenkrise führen muß, wenn es nicht gelingt, den Markt durch Stärkung der Kaufkraft in Ordnung zu bringen?

Es scheint zwecklos zu sein, durch diese Vorstellungen auf die Regierung einzuwirken zu wollen; denn der Entwurf der Steuerreform übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Die alte unerträgliche Belastung soll nicht nur bestehen bleiben, sondern sogar noch vermehrt werden. Der Entwurf sieht nämlich u. a. auch vor, daß die von den Massen aufgetragenen Verbrauchs- (indirekte) Steuern erhöht, daß die Betriebe der öffentlichen Hand derselben Besteuerung unterliegen, wie Privatunternehmungen und die Steuerfreiheit bei der Umsatzsteuer für Lieferungen der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerte ebenfalls besteuert würden. Das ist eine neue Schmälerung des Reallohnes, eine neue Einengung der Kaufkraft, eine neue Sünde gegen die Gesundheit der Wirtschaft.

Damit nicht genug: Der Entwurf, der über die steuerliche Entlastung der riesigen Inflations- und Deflationsgewinne nichts, auch gar nichts sagt, die großen Verdienere am Markterfolg ungeschoren läßt, sichert dem Rest der Bevölkerung neue Steuern. Während die kleinen Einkommen mit 10 Prozent in Deutschland die höchsten Ein-

kommensteuern in der Welt überhaupt bezahlen, soll die Belastung der größeren Einkommen nicht über 33 1/2 Prozent hinausgehen. Das ist aber ein Satz, wie er nirgendwo in der Welt bezahlt wird. Bei der Vermögenssteuer soll an dem der Regierung zufließenden Betrag von 0,5 Prozent festgehalten, die in Geltung befindliche Progression bis zu 0,75 Prozent aber gestrichelt werden. Die Vermögenszuwachssteuer, die noch zu Recht besteht, nach der II. Steuernverordnung aber nicht erhoben wird, soll auch fernerhin unberührt bleiben. Die besondere Kapitalertragssteuer soll in die Einkommensteuer eingearbeitet werden, verschwinden. Auch auf dem Gebiete der Kapitalverkehrsbesteuerung sind weitgehende Erleichterungen geplant, die gerade den Großbetrieblen, die in der Inflation reichen Substanzzuwachs zu verzeichnen hatten, zugute kommen wird.

Wollen wir ein Motiv für diese Steuerreform suchen, so könnte es nur das sein: Für die Großen alles, für die Kleinen nichts. Für die Großverdiener neue Erleichterungen, für die wirtschaftlich Schwachen neue Lasten!

Die Regierung, die den Ruhrindustriellen seit dem 11. Januar 1923, dem Tag des Ruhrstreikschlusses, rund 8 Goldmarken als Liebesgabe zugesandt hat, verfolgt mit dieser Steuerreform ihre besonderen Zwecke. Sie ist nicht umsonst eine Regierung von Kapitalisten Gnaden. Deshalb gibt sie vor, mit ihrer Reform den Zweck zu verfolgen, das Geldkapital wieder aufzubauen, d. h. das deutsche Volk soll seine schon jetzt unerträglich knappe Lebenshaltung weiter einschränken, soll weiter und noch mehr hungern, damit Geld in die Tresors des deutschen Unternehmertums kommt. Eine neue Liebesgabe für den deutschen Kapitalismus, ein neuer Raubzug gegen die Armen!

Die ganze skandalöse Steuerreform entspricht der bisherigen Politik der Regierung, den deutschen Unternehmern durch Preisüberhöhung neues Kapital zu verschaffen. Wenn die Regierung dann es mit ihrer Reform noch fertigbringt, die lästige Konkurrenz der Konjunktionsgesellschaften, der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerte usw. zu vermindern, wird das dem Wunsch ihrer kapitalistischen Auftraggeber entsprechen, die am besten wissen, weshalb sie eine Rechtsregierung schufen!

Es liegt auf der Hand, daß der Plan der Regierung nur auf Kosten der Bevölkerung durchgeführt werden kann. Darin liegen auch die Gefahren, eine neue Belastung bedeutet Verminderung der Reallohne und Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die notwendige Folge wird sein, daß sich aus diesen Ursachen heraus eine neue Krise entwickelt, die alles Dagewesene in Schatten stellt.

Der Weg, den die Regierung gehen will, ist gefährlich und bedenklich.

Deshalb werden sich die Gewerkschaften mit aller Kraft gegen die neue Steuerreform wehren.

Der Kampf um die Lastenverteilung und um die endliche Gesundung der Wirtschaft hat begonnen.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In Bielefeld bei den Firmen Neumann u. Lemme, Stern, Greiner; in Mühlbach, Baden, Kärnbach, Sulzfeld, Weiler, Mannheim, Ludwigshafen, München, Hirschberg u. Umg. i. Schl., Pöbau, Beunburg-Alsleben, Pirna (Sa. Israel Eubrid), Osterburg-Altmark (Steinleger und Hilfsarbeiter).

Gesperrt. In Raumünzach der Betrieb Trentini. — In Rheinhausen die Firma Brand für Steinmehlen (Hochofenbau). In Detmold und Hildesheim die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In Bielefeld und Herford sämtliche Grabsteingeschäfte. Der Steinmetz Aug. Hunger betätigt sich in Bielefeld als Zwischenmeister, sein Kollege darf sich von ihm einfangen lassen. — Nach Baumholder in das dortige Granitwerk von Dr.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab.

Zugzug fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperre genant sind: Von Friedberg und Bad Nauheim; von Nördlingen und Ditzing (Schwaben); von Vöben, Augsburg, Breslau. Vorstehende Orte gelten für die Steinbearbeitung. Im Straßenbau ist die Lohnfrage noch nicht in Elberberg (Sa.) geregelt. — Im Granitbezirk Odenwald (Weststeingruppe) wurde die Arbeit vorübergehend ausgenommen. Verhandlungen sind im Gange und haben die Arbeitgeber weitere Zugeständnisse bereits gemacht. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmer den bestehenden Bezirksversteuertarif auf 30. Juni d. J. gekündigt haben. — Von Hof in Bayern haben Pflasterer wegen Differenzen in Lohn- und Urlaubstragen fernzubleiben, von Crefeld sind Steinleger und Hammer fernzubleiben.

Erlebte Bewegungen. Auf ausdrückliches Verlangen der Zahlstelle Seebach wird um nachstehenden Abdruck erlucht: „Die von der Zahlstelle für die Betriebe Seebach und Umgebung verhängte Sperre wird als unbegründet zurückgenommen.“ — Die Differenzen mit der Fa. Kappel u. Co. in Wildemann. — In Karlsruhe die Sperre über einzelne Grabsteingeschäfte.

Ausland, Schweiz. Jeder Zugzug von Marmor- u. Granitarbeitern, ebenso Sandsteinmehlen hat zu unterbleiben. Auch dann, wenn einzelne Meister von dort an deutsche Kollegen brieflich oder telegraphisch herantreten. In Kreuzlingen bei der Firma Sauter u. Bates (Granitschleiferei) stehen die Kollegen seit 2 Wochen im Streik. Die Firma macht große Anstrengungen, um deutsche Kollegen herbeizuladen. Im Zweifelsfall informiert über die Schweizer Verhältnisse der Kollege Robert Kolb, Zürich, Hardaustraße 11.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität!

Ruhmannsfelden. Im bairischen Wald ist die wirtschaftliche Existenz der Steinarbeiter alles andre, nur nicht rosig. Alle werden davon betroffen, ob Hilfsarbeiter, Brecher, Steinmehlen oder Pflastersteinmacher. Kein fremder Kollege vertritt sich nach dem bairischen Wald, wenigstens nicht, um dort Beschäftigung zu suchen. Geht man der Sache auf den Grund, dann ist es der mangelhafte Organisationsgeist, der im allgemeinen unter den Kollegen herrscht. Wohl machen einige Orte eine Ausnahme, aber ihre Kraft wird gelähmt von den lauen Orten. So könnte wohl auch aus jedem Ort die eine oder andre Firma genannt werden oder deren Betriebsleiter, die sich erkleckliches leisten im Unterdrücken der Steinarbeiter. In Ruhmannsfelden existiert die bekannte Firma Czerit, sie hat hier einen Betriebsleiter, Herrn Schneider, der mit allerhand Maßnahmen die Arbeiter düpiert will. Versprechen und halten sind bei ihm zwei Paar Schuhe. Im Neben gut, im Geschäft freundlich. Auch soll er einmal in der Arbeiterbewegung eine Rolle gespielt haben, es ist allerdings schon Jahre her. Leider gibt es hier am Ort Kollegen, die sich von den Nebenarten des Herrn Schneider einfangen lassen, auch wenn er achtbare Kollegen, die für die Gesamtheit arbeiten, als Lügner hinstellt. Die Hilfsarbeiter möchte er am liebsten 10 bis 12 Stunden arbeiten lassen. Den Betriebsrat hält er mit Versprechungen hin oder läßt ihn, wie kürzlich einmal in einer Bepfropfung, kurzerhand stehen und verschwindet. Das übrige Bureaupersonal daht zu ihm, und jeder von diesen glaubt, mit der nötigen Dosis Frechheit die Arbeiter bei berechtigten Beschwerden und Anzeigen anzufahren zu können. Es wird wirklich Zeit, daß die Kollegen sich auftraffen und allen diesen Herren und Herrchen beibringen, daß es nur der

Lohnarbeiter ist, der sie mit erhält, und folgedessen wollen wir Arbeiter nicht nur entsprechend entlohnt, sondern auch behandelt sein, wie es sich gebührt. Kommt das nicht freiwillig, dann durch rücksichtslosen Kampf. Darum, Kollegen, Küßgrat, mehr Selbstbewußtsein und straffe Organisation!

Steinleger und Pflasterer.

Belgard. Zu der am 17. Februar einberufenen Versammlung, Fachgruppe Steinleger, waren die Kollegen bis auf einen erschienen, der nach jeder Versammlung immer eine Ausrede hat. Kollege Schenke sprach über die Verschmelzung der Steinleger, Pflasterer und Berufsgenossen mit dem Verband der Steinarbeiter Deutschlands. Er wies nach, daß diese Verschmelzung das einzig richtige für uns war, der frühere Verband der Steinleger könnte, da zahlenmäßig klein, und infolge der Zustände nach dem Kriege und untern Kollegen nicht das bieten, was erwartet wurde. Durch die Urabstimmung der Kollegen kam dann die Verschmelzung zustande. Kollege Schenke kam auch auf die Lohnverhandlung vom 15. d. M. in Stolp zu sprechen. Daß Belgard, Köstlin, Kolberg und noch einige Städte an Stettin angegliedert sind, wirkt auf die Meister wie das rote Tuch auf den Stier. Besonders war es Herr Tiegner, der unsern Vertreter ein Angebot machte, das weit unter dem heutigen Lohn steht; er hat ganz vergessen, daß er auch einmal Arbeitnehmer war. Unsre Kollegen standen aber fest auf dem alten Lohn, weil sie sahen, daß nicht mehr zu erreichen war. Nach vielem Hin und Her wurde dieser auch anerkannt. Die Lohnverhandlung wurde auf den 3. März vertagt. Kollege Schenke sprach zum Schluß seine Anerkennung über das gute Verhalten der Belgarder Filiale aus.

Oppeln. Am 1. Februar fand eine Mitgliedereversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung, 2. Neuwahl, 3. Vertikale Angelegenheiten, 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende und der Kassierer gaben die Abrechnung, die von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Im 2. Punkt schritt man zu der Neuwahl mit folgendem Resultat: Vorsitzender Franz Michen, Schriftführer Stephan Kojohn. Als Kassierer wurde Johann Michen wiedergewählt. Nach der Wahl behandelte der neue Vorstand unter örtlichen Angelegenheiten die Lohnverhältnisse. Im weiteren wurde bemerkt, daß ein Teil der Kollegen in vergangener Zeit seinen Verbandspflichten nicht in vollem Umfange nachgekommen war. An diese richtete der Vorsitzende ermahnende Worte zu treuer Mitarbeit im neuen Jahre. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit den Nichtorganisierten, wobei es sich hauptsächlich um die Kammer handelte. Nach einer kurzen Debatte wurde beschlossen, daß die Nichtorganisierten sich sofort unserm Verband anschließen müssen, worauf unsre Filiale 10 neue Aufnahmen zu verzeichnen hatte. Mit kräftigen Worten des Vorsitzenden an die Kollegen, die Zustände in der Zahlstelle für die Zukunft zu beseitigen und die Zahlstelle hochzuhalten, wurde die Versammlung beendet.

Küstrin. Am 17. Februar fand hier eine Versammlung der Steinleger, Hammer und Hilfsarbeiter statt, welche zu der Frage der Wiedererrichtung der Zahlstelle entscheidend Stellung nahm. Die hier arbeitenden Kollegen waren fast vollständig erschienen. Nach Darlegung der Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsorganisationen erklärten sämtliche Kollegen ihren Beitritt zum Verband. Die daraufhin folgende Wahl der Zahlstellenerwaltung ergab die Wahl des Kollegen Kröschel als Vorsitzenden, der Kollegen Schlichte und Hoffmann als Unterkassierer. Die Angelegenheit eines Tarifvertrages wurde einer Erörterung unterzogen und in dieser Hinsicht dem Hauptvorstand Mitteilung gemacht. Weiter wurden Bewaltungs- und Statutenfragen besprochen und der wiedererrichteten Zahlstelle eine lange gewerkschaftliche Zukunft in Aussicht gestellt.

Steinarbeiter.

Demitz-Thumitz. Die Jahresversammlung der Bezirkszahlstelle Demitz-Thumitz fand am 17. Februar statt. Nachdem auf Antrag das letzte Lohnabkommen, das durch einen Spruch des Haupttarifamts zustande gekommen ist, als erster Punkt der Tagesordnung zur Behandlung kam, gab der Vorsitzende den Bericht. Er erläuterte den ganzen Hergang der Verhandlungen und der Schiedsprüche. Vortragender gab auch das Für und Wider gegen dieses Abkommen bekannt. Am Schluß seiner Ausführungen kam er noch auf die Stellungnahme und Maßnahmen der Unternehmer zu sprechen und forderte die Kollegen auf, nach reiflicher Überlegung ihre Stimme abzugeben, dabei betonen, daß Nichtannahme Kampf bedeutet. Kollege Siebold erklärte hierauf in präzisen Ausführungen, warum das Haupttarifamt den Spruch des sächsischen Tarifamts bestätigt hatte.

Nachdem die Aussprache mit wenig Ausnahmen in ruhiger Weise beendet war, ergab die Abstimmung eine Mehrheit für Annahme des Schiedspruches, der nun rückwirkend ab 1. Februar in Kraft tritt.

Vor Eintritt in Punkt 2 gedachte der erste Vorsitzende der Opfer der Schlagwetterkatastrophe im Ruhrgebiet und zugleich der verstorbenen Kollegen unsrer Zahlstelle im letzten Jahre. Die Versammlung ehrte die Verunglückten und Verstorbenen in der üblichen Weise.

Aus dem nun vorgetragenen Jahresbericht war folgendes zu entnehmen: Der Schwerpunkt der Versammlungstätigkeit hat mehr in den Funktionärversammlungen und Beratungen der Ortsverwaltung, gelegen als in Vollversammlungen. Lohnbewegungen ohne technische Umstellungen der Tarife haben 4 stattgefunden. Die letzten 3 wurden mit zum Teil gutem Erfolg durchgeführt. Eine grundlegende Aenderung des Brecher- und Pflastererenttarifs brachte außer der technischen Umgestaltung auch eine Erhöhung der Löhne mit sich. Den Granitwerkenttarif nach unsern Vorlagen umzugestalten, war uns nicht möglich und wir mußten uns mit einer Lohnzulage für die Steinmehlen begnügen. Ein reges Feld für die Ortsverwaltung bedeutete der Aufbau unsrer fast erschlagenen Zahlstelle. Es ist aber trotz alledem gelungen, unsre Zahlstelle wieder in die Höhe zu bringen. Ein trübes Bild aus dem vorigen Jahre sind die vielen Unglücksfälle, die sich ereigneten und mehrten. Wurden doch der Organisation 26 schwere Fälle gemeldet, die zum Teil mit dem Tode oder mindestens längerer Arbeitsunfähigkeit ihren Abschluß fanden. Hierauf weiter einzugehen soll Sache einer späteren Rottz sein. Nachdem der Berichterstatter verschiedene andre ausgeführte Tätigkeiten der Ortsverwaltung noch vorgetragen hatte, schloß er mit der Ausführung, das im Vorjahre Erreichte in diesem Jahre zu vollenden, muß Aufgabe eines jeden Kollegen sein. Der Rassenbericht des letzten Vierteljahres ergab eine Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse von 6867,51 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme einschließlich des Rassenbestands vom vorigen Quartal von 6759,91 M. Die Ausgabe betrug 3191,19 M. Der Rassenbestand beträgt demnach zu Anfang dieses Jahres 3568,72 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl der Ortsverwaltung und besteht diese aus den Kollegen Schuster, Vorsitzender; Schönberrg, Stellvertreter; Loch, Schriftführer und die Beisitzer Sieber, Barthel, Reichelt, Klemmer II. Als Ersatzmänner wurden ebenfalls einstimmig gewählt die Kollegen Gierth, Kasa, Schreier, Schönwälder, Knecht, Klemmer I.

Als nächster Punkt der Tagesordnung kamen die Neuwahlen der Betriebsräte zur Sprache. Es wurden hierbei verschiedene Wünsche zum Austausch gebracht. Die Neuwahlen sollen in allen Betrieben am 3. und 4. April stattfinden.

Unter Verschiedenem gab Kollege Schuster bekannt, daß in den nächsten Wochen für alle Kategorien Branchenversammlungen stattfinden sollen. Kollege Siebold referierte dann über den Abschluß des RWB und seine redaktionelle Stellungnahme hierzu. Desgleichen gab er Aufschluß, warum der in der Laufzeit bekämpfte Artikel über den RWB, von ihm lo verfaßt worden; dann ging er auf die nun einwirkende Lohnpolitik über. Am Schluß erluchte er, in dieser Sache die Zentrale mit genügendem Material in jeder

Hinfort zu versorgen. Die Kollegen scheuten sich nicht, zum ...

Am anderen Tage fand in der Filiale Lautenwalde eine ...

Oberpeisan. Unsere letzte Steinarbeiterversammlung, welche ...

Table with 5 columns: Zeilige Stundenlöhne, Alte Löhne in Klammer, Ueber 21 Jahre, 20-21 Jahre, 19-20 Jahre, 18-19 Jahre, 17-18 J.

Auf die Affordränge des bestehenden Lohns wird mit Aus- ...

Bangenaltheim. Jahres-Generalsversammlung am 11. 1. 1925 ...

Rundschau.

In Gommern, einem industriellen Städtchen im Regierungs- ...

Auswanderung deutscher Qualitätsarbeiter. Im Jahre 1923 ...

Die Auswanderung von Qualitätsarbeitern aus Deutschland ...

Im deutschen Unternehmertum blickt man mit steigender ...

Den Untergang der gelehrten Arbeit kündigt Professor Pare ...

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Triebendorf. Achtung, Zahlstellen! Die Filiale Triebendorf ...

Seebach. Kollege Ludwig Weingirtl, wo steckst du? Dein Buch ...

1. Gau (Nordwest) am 14. und 15. März in Hamburg, Ge- ...

5. Gau am 15. und 16. März in Mayen. Lokal wird den ...

6. Gau (Karlsruhe). Die für den 15. und 16. März ange- ...

Wülfberg. Das Mitgliedsbuch Nr. 047 052 für Joh. Me- ...

Bamberg. Das Mitgliedsbuch Nr. 54 047 des Kollegen Mich ...

Duedling. Jeder auswärtige oder ortsanfällige Stein- ...

Kreuzlingen (Schweiz). Die Kollegen Erhard Gutmann, ...

Adressenänderungen.

- 1. Gau N.-O.: Küstrin. Vorj. u. Kass.: Ernst Kröschel, Neustadt ...

Briefkasten.

R. Sch. Wenn die Mitteilung ausbleibt, unterbleibt in der ...

Neue Bücher, Zeitschriften.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gibt seit einiger Zeit ...

Der Prozeß des Reichspräsidenten. Der vorliegende Band ...

Anzeigen

Berlin. Sonntag, den 8. März, vormittags 9 1/2 Uhr in den Brunnensälen, Brunnenstr. 15 ...

Mittwoch, den 11. März, nachmittags 4 1/2 Uhr im Restaurant Prälten ...

6 Richter für Granitgroßpflaster gesucht. Dauerstellung. Granitwerke Neustadt-Ortenwald.

Steinrichter nach meinem Basaltsteinbruch Breitenbach bei Kassel gesucht. Weckesser, Kassel-W., Ro andstr. 10.

Steinmetz der gut Schritt haben kann und in allen übrigen Giebelarbeiten bewandert ist. Wilhelm Kroll Steinbildhauerai Torcelow in Pomm. Telefon Nr. 127

Granit-Steinmetzen stellt für sofort ein Granitwerk Kurt Seifert, Meißen, Weinberggasse 11.

Gestorben. Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht ...

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag von Ernst Rindler beide in Leipzig. Druck. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.